

Adresspendent

für Deutschlands Buchdrucker und Schriftgießer

Herausgegeben vom Verband der Deutschen Buchdrucker

Bezugspreis 1 RM. monatlich, nur Postbezug • Das Einzel Exemplar 15 Pf. ohne Porto • Erscheinungstage Mittwoch und Sonnabend • Schriftleitung und Geschäftsstelle: Berlin SW 61, Dreilindstr. 3

68. Jahrgang

Berlin, den 9. Juli 1930

Nummer 55

Unsre Sparten im Jahre 1929

Die Schriftgießer vereinigten in ihrer besonderen Organisation Ende 1929 insgesamt 1911 Mitglieder, und zwar 1480 männliche und 431 weibliche. Unserem Verband gehören 1094, dem Verband der graphischen Hilfsarbeiter 535, dem Metallarbeiterverband 166 und andern Zentralverbänden 10 Mitglieder an. Die Zahl der Unorganisierten oder vom Streik 1925 noch in den Schriftgießereien Beschäftigten betrug 38. Der Kassenbericht schloß bei 34 431 M. Einnahmen (einschließlich Ubertag aus 1928) und 12 683 M. Ausgaben mit einem Saldo von 21 747 M. am Jahresende ab. Noch stärkerer Arbeitsmangel, vermehrte Kurzarbeit und Entlassungen als früher waren im Berichtsjahre sehr empfindliche Kennzeichen der wirtschaftlichen Entwicklung. Trotzdem gelang es in freier Vereinbarung eine Erhöhung des Stundenlohnes um 6 Pf. und des Akkords um 4 Proz. zu erreichen, und zwar mit einer Geltungsdauer bis Ende September 1930. Besondere Beachtung verdient, daß im Schriftgießereigewerbe trotz gesteigerter Maschinenzahl das zur Befehung nötige Personal von 1913 bis 1929 um 25 Proz. verringert wurde. Von den Zeitlohnarbeitern erhalten 40 Proz. nur das tarifliche Minimum. Während im Jahre 1913 noch 47 Handbelsgießereien vorhanden waren, gab es als Folge der Konzernbildung im Jahre 1929 nur noch 27. Die Lehrlingsprüfungsordnung wurde auch auf die Stempelschneiderei ausgebeugt. — Der Anfang der Arbeitslosigkeit für die dem Verband angeschlossenen Schriftgießer betrug im Jahre 1929 durchschnittlich 10 Proz. und ergab im ganzen 20 393 Unterstützungstage.

Die Handseher beurteilten das Jahr 1929 als einen geschichtlichen Wendepunkt, indem der Frankfurter Verbandstag die offizielle Zulassung einer Handseherpartei einmütig zum Beschluß erhob. Die Gründung der letzteren erfolgte nach sorgfältiger Vorbereitung im Anschluß an den Verbandstag auf einer Handsehervorständekonferenz in Heidelberg und führte zur Bildung einer Zentralkommission wie in den übrigen Sparten mit dem Sitz in Berlin und mit Vertretung im Verbandsvorstand. Diese übernahm am 1. Oktober die Geschäfte, die bis dahin vom Vorstand der Leipziger Handsehervereinigung in geschickter und hingebungsvoller Weise geführt worden waren. Eine umfangreiche Werbetätigkeit war in fast allen Gauen sehr erfolgreich. Die Zahl der Handsehervereinigungen, die schon Ende 1928 auf 62 angewachsen war, erhöhte sich dadurch bis jetzt auf 125 und in der Mitgliederzahl von 11 000 auf 17 000 oder von 28,4 auf 45 Proz. aller Handseherkollegen. Die früheren „Mitteilungen der Handseher-Vereinigungen“, die in Leipzig erschienen, wurden inzwischen ebenfalls von der Zentralkommission übernommen und unter dem Titel „Der Handseher“ weitergeführt. Die unsichtige und rein sachliche Leitung dieses Spartenorgans hat es mit einer Auflage von 17 000 zu einem sehr wichtigen Bindeglied dieser jüngsten und doch schon größten Spartenorganisation innerhalb des Verbandes werden lassen. Im allgemeinen kann von dem Wirken dieser Sparte gesagt werden, daß sie sich in wohlüberlegter Zweckmäßigkeit streng im Rahmen ihres besonderen Aufgabensfeldes hält und dadurch wesentlich zur Festigung des kollegialen Zusammenhalts innerhalb des Handseherberufs wie auch des gesamten Verbandes beiträgt. Als äußerst wertvoll haben sich noch besondere Publikationen der Zentralkommission der Handseher wie die „Streifzüge durch den Tarif“ und „Der Handseher im heutigen Arbeitsprozeß“ als sogenannte Vortragsdispositionen erwiesen. Nicht unerwähnt bleibe noch, daß in dieser Sparte besonderes Gewicht auf eine typographisch und drucktechnisch vorbildliche Ausführung ihrer Werbendruckfachen gelegt wird, so daß diese gleichzeitig als Mustervorlagen für die eigne Berufsarbeit

dienen können, was überall großen Anklang gefunden hat. — Nach dem Verbandsjahresbericht belief sich die Zahl der für Arbeitslosigkeit der Handseher in Frage kommenden Unterstützungstage auf 904 536 gleich einer Arbeitslosigkeit von 9,9 Proz. dieser Gruppe im Jahresdurchschnitt.

Die Maschinenseher vereinigten in ihrer Sparte von 11 170 Verbandsmitgliedern 10 320 oder 92,4 Proz. Erhaltung und Ausbau tariflicher Arbeits- und Lohnbedingungen bilden neben fachtechnischen Fortbildungsbestrebungen einen wesentlichen Teil des Wirkens dieser Sparte, die verhältnismäßig stark mit diesbezüglichen Verschlechterungsabsichten des Unternehmens zu rechnen hat. Daß dabei vereinzelt Abwehrmethoden zur Anwendung kommen, die über den Rahmen der durch gewerkschaftliche Allgemeininteressen gebotenen Grenzen für die Spartenorganisationen innerhalb des Verbandes hinausgehen, bewiesen im Berichtsjahre die verschiedenen Debatten sowohl auf dem Kongreß der Maschinenseher wie auf dem nachfolgenden Verbandstag in Frankfurt a. M. Nach wie vor bleibt in dieser Beziehung zu wünschen, daß insbesondere die größte Ortsgruppe dieser Sparte, der Brandenburgische Maschinenseherverein, von weiteren Abspannungen Abstand nimmt und sich in den vernunftgemäß gebotenen Grenzen hält. Die Zentralkommission der Maschinenseher ist ernstlich bestrebt, solchen organisatorischen Selbstverfälschungen Rechnung zu tragen, hat aber zweifellos mit weit größeren Schwierigkeiten, Sonderwünschen oder Forderungen zu rechnen, die nicht immer rein gewerkschaftlichen Ursachen entspringen. Daß solche Erscheinungen nicht zum Ziele führen und vor allem auf eine sehr hemmende Uninteressiertheit bis zur offenen Gegnerschaft der übrigen Kollegenschaft stoßen können, hat erst kürzlich der Konflikt in der „Deutschen Tageszeitung“ bewiesen. Es wäre der einzige Lichtblick aus dieser unerfreulichen Angelegenheit, wenn aus diesem Mißerfolg allgemein erkannt würde, wohin es führt, wenn gewerkschaftliche Pflichten in den Sparten auf die leichte Schulter genommen werden. Im übrigen wird der fachtechnischen Fortbildung und der Überwindung berufsmäßiger Schwierigkeiten innerhalb der Maschinenseherpartei musterergiebige Förderung zuteil. Ihre „Technischen Mitteilungen“ haben sich zu einer wahren Fundgrube für jeden Suchenden und zu einer starken Stütze selbst für erprobte Fachmänner entwickelt. Dieses Spartenorgan konnte im Berichtsjahre auf ein 25jähriges Bestehen zurückblicken und, seine Auflage von 13 300 auf rund 14 000 im Berichtsjahre erhöhen. Die Kassenverhältnisse der Maschinenseherpartei sind sehr gesund; Einnahmen und Ausgaben balancieren mit 44 643 M., der Vermögensbestand wurde in mäßigen Grenzen mit einem Betrag von 5260 M. am Schluß des Jahres gehalten. — Nach dem Bericht des Hauptverwalters des Verbandes ergab sich für die Maschinenseher im Jahresdurchschnitt eine Arbeitslosigkeit von 2,3 Proz.

Die Sparte der Korrektoren konnte im Berichtsjahre ihr 25jähriges Bestehen feiern und hatte nach dem Bericht ihrer Zentralkommission am Ende des Jahres 1929 1970 Mitglieder, und eine Kassenbilanz von 14 125 M. bei einem Vermögensbestand von 3272 M. Nach wie vor wird in dieser Sparte die verbandsseitige Ablehnung eines höheren tariflichen Zuschlags für Korrektoren bedauert, wovon wir im Interesse der Allgemeinheit empfehlen, endlich Abstand zu nehmen. Der „Sprachwart“ hat sowohl als fachtechnisches Organ der Sparte wie als allgemein belehrendes Hilfsmittel zur Festigung vernünftiger Rechtsprechung große Bedeutung erlangt. Es sind davon im Berichtsjahre acht Nummern erschienen. Das innere Leben der Korrektorensparte bedarf noch einer besonderen Kräftigung. Die Zentralkommission begründet dies in ihrem Bericht mit folgenden Schluß-

bemerkungen: Wenn wir auch davon überzeugt sind, daß unsere Funktionäre überall und bei jeder Gelegenheit ihre Pflicht getan haben, so gibt es doch nicht wenig Kollegen, die seit Jahr und Tag keine Versammlungen mehr besucht haben, dafür aber manchmal recht abfällige Bemerkungen über die Spartenbewegung machen, weil sie nicht genügend Erfolge zeitige. Diese Kollegen sind sich allem Anschein nach noch immer nicht bewußt, mit welchen Schwierigkeiten auch die Korrektorenbewegung zu kämpfen hat, und welche Bedeutung als Sparte ihr trotzdem heute mehr als je zukommt. Die Spartenarbeit ist gegenwärtig und auch in Zukunft gar nicht mehr wegzudenken aus der Organisationsstätigkeit des Verbandes der Deutschen Buchdrucker, und ohne die unablässige Spartenaktivität und -wachsamkeit wären verschiedene tarifliche Errungenschaften vielleicht gar nicht vorhanden. Das bekannte Sprichwort „Ohne Fleiß kein Preis“ trifft auch für die Arbeit in und an der Sparte zu. — Die Arbeitslosigkeit der Korrektoren war mit 10 439 Unterstützungstagen die geringste aller übrigen Berufsgruppen mit 1,8 Proz. im Jahresdurchschnitt.

Die Zentralkommission der Stereotypen- und Galvanoplastiker verzeichnete im Berichtsjahre ihr 30jähriges Bestehen, 2318 Mitglieder, bei rund 3000 Stereotypen und 550 Lehrlingen. Mit Genugtuung wird die vom Reichsfinanzminister auf eine Eingabe des Verbandsvorstandes genehmigte Steuerbefreiung der Kräftefähigkeitsprüfung registriert. Das fachtechnische Spartenorgan „Weiß und Kupfer“ erschien mit sieben Nummern. Die Einnahmen betragen aus Beiträgen 5429 M. bei einem Vermögensbestand von 5774 M. Anfang 1929. Die Ausgaben (einschließlich Kongreßkosten) 10 565 M.; der Kassenbestand am Schluß des Jahres war 2740 M. — Laut Bericht des Hauptverwalters im Verbandsrat betrug die Zahl der Unterstützungstage für arbeitslose Stereotypen- und Galvanoplastiker im Jahre 1929 insgesamt 24 876, gleich einer durchschnittlichen Arbeitslosigkeit von 4,1 Proz. dieser Berufsgruppe.

Die Sparte der Drucker hatte gleich den Handsehern (9,9 Proz.) mit einer verhältnismäßig hohen Arbeitslosigkeit, und zwar aus 354 070 Unterstützungstagen mit 8,3 Proz. im Jahresdurchschnitt zu rechnen. Leider findet die Aufführungsarbeit der Zentralkommission der Drucker sowie der meisten Kreisvorstände zwecks Wälderung der großen Arbeitslosigkeit durch eine vernünftigeren, den tariflichen Bestimmungen näherkommendere Maschinenbesetzung nicht genügend Beachtung. Denn über 42 000 Druckmaschinen stehen nur 19 284 Drucker und 6500 Lehrlinge gegenüber, und trotzdem sind durchschnittlich 2000 Drucker das ganze Jahr arbeitslos. Eine sehr lockere Handhabung der Paragraphen 17 und 19 des Tarifs ist daraus unverkennbar und läßt der Druckersparte noch ein weites Feld zur intensivsten Kleinarbeit offen. Befriedigende Tarifizierung der Tiefdruckmaschinen, Bekämpfung der gesundheitlichen Gefahren dieses stark aufstrebenden Zweiges der Drucktechnik in Verbindung mit einer endlichen und alleits zufriedenstellenden Regelung organisatorischer Zuständigkeitsfragen gestalteten sich mit Hilfe des Verbandsvorstandes und des Graphischen Bundes für die Druckersparte zu besonderen Ergebnissen des Jahres. Die Zahl ihrer Mitglieder stieg von 12 440 auf 13 841 oder 71,7 Proz. aller Drucker in 150 Einzelvereinen. Die Gesamteinnahmen der Zentralkommission betragen 28 494 M. und die Ausgaben 32 046 M. bei einem Kassenbestand von 9951 M. am Schluß des Jahres. Der „Drucker“, das fachtechnische Spezialorgan, erschien achtmal in einer Auflage von 15 000 und blieb seiner bewährten Aufgabe, den Lesern ein Ratgeber für die Tagespraxis zu sein, zwar ohne große Aufmachung, aber dafür um so rationeller treu.

Ein Problem?

„Gedanken, wie sie der Kollege B...I (München) in seinem Aufsatz „Neue Aufgaben der Bildungsarbeit“ in Nr. 48 des „Korr.“ entwickelt, sind nicht neu. Sie tauchten zumind in den letzten Jahren hier und dort auf, wurden diskutiert, dann aber in Ermangelung stärkerer Anteilnahme der Kollegenschaft wieder fallen gelassen. Man erkannte wohl den problematischen Charakter dieser gedanklichen Erörterungen, deren energische und zielbewusste Weiterverfolgung nicht unbedeutliche Schwierigkeiten begegnen mußte. Die bei oberflächlicher Betrachtung zweifelsohne befriedigenden Ausführungen des Kollegen B...I haben mir aufs neue das Verhängnis einer Theorie entrollt, deren Ausflüchten auf Verwirklichung nicht eben günstig verhalten können.

Zunächst muß einmal festgehalten werden, daß die Struktur des Verbandes und die des Bildungsverbandes, wie auch die Aufgaben beider Organisationen voneinander abweichen. Ohne strukturelle Veränderungen, die in ihrem Endresultat eine wesentlich andere Form der einen oder anderen Organisationen zu zeitigen vermögen, ist die Verfolgung der Gedanken des Kollegen B...I unmöglich. Heute figurieren die Sparten als Berufsgruppen im Verband, der sie zur Einheit zusammenfaßt. Die Sparten entstanden — wie Kollege B...I ganz richtig hervorhebt — infolge des Fortschreitens der Technik und die dadurch einsetzende Spezialisierung. Die Gliederung der Gewerkschaft war also eine Folge der technischen und ökonomischen Entwicklung und an sich nicht zu verhindern. Zu vermeiden war ebenfowenig, daß mit der stärkeren Gliederung zugleich das Bedürfnis nach Pflege von Sonderinteressen lebendig wurde. Es steht sogar außer Zweifel, daß die durch die technische Entwicklung zur Spezialisierung gebrachten Gruppen in ihrer Frühperiode zur Verfestigung dieser Sonderinteressen gezwungen waren, um die Entwicklung auf tariflichem Gebiet in Bahnen zu lenken, die durch den Verband im Interesse der Gesamtheit zu verfolgen waren. Und so ist sich der Verband kaum im unklaren gewesen, daß die Schaffung von Schutzbestimmungen für die Berufsgruppen der Drucker, Maschinensetzer, Stereotypen- und Galvanoplastiker und Korrektoren notwendig wurde in dem Augenblick, wo ohne ein zweckentsprechendes Regulatorium der Austausch von Arbeitskraft gegen Lohn zu einer verhängnisvollen Mißachtung gewerkschaftlicher Grundrechte führen mußte.

Wie der Fördercharakter des Verbandes diesem in seiner ganzen Entwicklung nur förderlich gewesen ist, so ist auch das Eigenleben der Sparten bis zu einem gewissen Grade-entwicklungsgeschichtlich als bedeutsamer Faktor zu werten. In den Sparten und durch ihre intensive Kleinarbeit wurden die Voraussetzungen geschaffen, die für das Zielstreben einer die technische und ökonomische Entwicklung in Rechnung stellenden Gewerkschaft notwendig waren. Die erstrebtesten Momente einer auf-stellte Wichtigkeit der Verbandseinheit sind — grundbühne-angehörigen Sparten-kleinarbeit sind in den verflochtenen Jahreszeiten so augenfällig demonstriert worden, daß nur an dieser Tatsache vorübersehen kann, wer in oberflächliche Beziehungen zur Sparte getreten ist. Es trifft auch nicht zu, daß die Sparten insgesamt die Kräfte des Verbandes absorbieren. Im Gegenteil, die Sparten waren noch jederzeit das Reservat, aus dem die Orts-, Bezirks- und Gauvereine des Verbandes einen beachtlichen Teil der Streiter entnehmen konnten, die bei stetiger Aufwärtsentwicklung des Verbandes auf mehr oder weniger exponierten Posten gebraucht wurden. Eine gewerkschaftliche Schule, durchlaufen in der Praxis und inmitten einer sich regsam und fortreffend betätigenden Sparte, ist noch immer von nachhaltiger Wirkung auf Grundlag- und Mündigkeitsteil gewiesen als die schönste Theorie. Dabei bleibt unbestritten, daß die Sparten auf dem Wege ihrer Entwicklung an Kreuzungspunkte gelangten, an denen die richtige Entscheidung über den weiterhin zu beschreitenden Weg nicht immer reiflos glückte. Das aber sind Erfahrungen, die keiner Bewegung, sie mag heißen wie sie will, erspart bleiben werden. Auch dann nicht, wenn die Führung jederzeit mit den besten Eignungen ausgestattet ist. Deshalb wäre es irrig, unter besonderer Herausstellung der Fehlschritte irgendeiner Sparte das positive und verbandsaufbauende Wirken derselben zu negieren oder zu verkleinern. Mit der Schaffung besonderer Schutzbestimmungen für eine Anzahl von Spezialgruppen durch den Verband erwuchs diesen Gruppen die Pflicht, als Hüter und Reformatoren, der Schutzbestimmungen in Erscheinung zu treten. Nichts lag näher, als daß diejenigen beide Hände über das Geschaffene hielten, die unmittelbar als Nutznießer anzusprechen waren, wobei der mittelbare Nutzen für die übrige Kollegenschaft — ich erinnere an die Zeit der Einführung der Segnmahne — nicht außer Betracht bleiben soll. Man kann nicht bestritten, daß die Sparten eine anerkannt wertvolle Aktivität für Erhalt und Ausbau der Schutzbestimmungen an den Tag legten, die bis in die neuere Zeit dauerten, und dem Verband gewiß nicht zum Schaden gereicht hat, sofern man von zeitweiligen Überspannungen absieht, die aber stets durch den Verband und seine durch die Sparten repräsentierte Autorität auf das richtige Maß zurückgeführt werden konnten. Darüber hinaus befruchteten die Sparten durch ihre Veranlassungen den gewerkschaftlichen Fühlen, Denken und Handeln in hohem Maße, so manchem Berufskollegen das Ideal der Gewerkschaftsbewegung vermittelnd. Dadurch wurden viele unserer Kollegen in jüngeren Jahren von einer weniger nützlichen Betätigung in der Freizeit abgelenkt und mit dem idealen Bestrebungen ihrer Gewerkschaft stärker vertraut gemacht. Wenn auch nicht alle zu erfassen waren und je zu erfassen sein werden, es genügt, daß ein beachtlicher Teil der Kol-

legenschaft in nähere Beziehungen zu Verband und Sparten gebracht wurde, was dem härter und härter werdenden Verband ohne Hilfe der Sparten kaum in dieser Weise gelungen wäre. Auch das kollegiale Band konnte durch die Sparten fester und inniger geknüpft werden. Die Betätigung der Sparten in berufsbildnerischem Sinn trug ein weiteres dazu bei, die Buchdruckerghewerkschaft zu einer gesulften und qualifizierten Arbeiterkategorie zu stampfen. So wurden die Sparten zu Erpfehlern des Verbandes, auf denen er sicher und zielbewußt weiterbauen konnte.

Damit rundet sich ein Bild, das trotz geringfügiger und gern als berechtigt anerkannter Reifungen nichts von dem Allgemein Eindruck verlieren kann, den Streben und Wirken der Sparten im Interesse des Verbandes hinterlassen muß. Allerdings ein Bild, das sich wesentlich von dem unterscheidet, das Kollege B...I in seinem Aufsatz entworfen hat. Kollege B...I läßt das berufsbildnerische Moment dominieren und überseht, daß die Berufsbildung nur eine ergänzende Rolle im Spartenleben gespielt hat und noch spielt. In erster Linie wurden und stieben die Sparten die treibenden Kräfte im allgemeinen Verbandsleben, wobei von einer Beeinflussung der allgemeinen Verbands-politik schließlichen kaum die Rede sein kann, wohl aber von einer Beeinflussung, was ein wesentlicher Unterschied ist. Die Gewerkschaft lehrt zwar, daß der Verband zeitweise gegen Spartenforderungen Front machen mußte, die alles andere als Dienst an der Allgemeinheit der Buchdruckerghewerkschaft bedeuteten. Jedoch die Tatsache besteht zu Recht, daß dem Verband der Blick für das, was der Allgemeinheit zuträglich ist, ungetrübt blieb, und er in allen Pfaffen seiner Entwicklung die Verhältnisse zu meistern wußte. Wäre es anders, wäre es so, daß unter Nichtbeachtung der Disziplin und Verbandsautorität die Sparten ernstlich am Fundament des Verbandes getüttelt hätten, dann gehörten zwar nicht die Sparten, wohl aber das Eigenleben der Sparten der Vergangenheit an. So trifft aber erfreulicherweise nicht zu, daß die Sparten als „bedauerliche“ Geistes-überreter Bestand und Zukunft des Verbandes gefährden und damit die Voraussetzungen ihrer Liquidation herbeiführen konnten.

Es ist in einem Einheitsverband, wie ihn der Verband der Deutschen Buchdrucker vertritt, dafür gefordert, daß „die Bäume im Garten der Sparten“ nicht in den Himmel wachsen. Das bedauert nicht aufmerksamer nicht zuletzt die große Gruppe der Handwerker, die zwar den anderen Spezies eine gesunde, durch die Technik bedingte und im Rahmen eines Einheitsverbandes erträgliche Entwicklung durchaus gönnte, jedoch nie zugelassen hätte, daß den Grundfragen der Demokratie in Permanenz zuwidergehandelt worden wäre. Das Drängen der Handwerker zur zentralen Sparte hat deshalb durchaus seine Gründe, die zum Teil auch dort zu suchen sind, wo sie der Kollege B...I sucht. Damit kennzeichnet sich die Handwerkerpartei aber nicht als eine Gruppe, gegen Buchdruckerghewerkschaft, der die Berufsbildung das A und O ihres Daseins ausmacht, sondern als eine Gruppe von Verbandstrotzern, die in dem Augenblick, wo der Kulminationspunkt im Eigenleben der übrigen Sparten erreicht ist, als regulierender Faktor im allgemeinen Verbandsleben erscheinen will und wird. Es muß sich ja in den nächsten Jahren erweisen, ob ihr das gelingt. Gegenwärtig scheinen noch nicht alle Kollegen das Entstehen der Handwerkerpartei als begründet anzuerkennen. Das wird sich ändern, wenn man deutlicher erkennt, daß das Eigenleben der Sparten in einem Einheitsverband seine Begrenzung haben muß und daß eine Mißbilligung aufeinander vordrängen ist. Wir alle sehen nicht klar, vor welche Aufgaben uns Technik und Wirtschaft noch zu stellen vermögen. Es kann durchaus eintreten, daß zuzeiten eine Spezialgruppe stärker als die anderen in Mitleidenschaft gezogen wird. Dann wird und muß sich zeigen, daß der Gemeinschaftsgeist, den Kollege B...I verloren glaubt, noch besteht und zur Überwindung aller Schwierigkeiten beitragen muß. Wenn Kollege B...I an die glänzende Zeit erinnert, „die aus Gemeinschaftsgeist heraus eine höhere Einheit, den Verband der Deutschen Buchdrucker, erstehen ließ“, so überseht er, daß im Wandel der Zeiten vieles anders geworden ist. Die Zeit hat sich gewandelt, der Gemeinschaftsgeist kaum. Nur wird er in anderer Form: für Erhalt, Ausbau und Zukunft des Verbandes, für Verbesserung der Existenzbedingungen, für den Schutz der arbeitslosen, krankten und invaliden Kollegen und für andere Ideale der modernen Gewerkschafts- und Arbeiterbewegung mobilisiert. Deshalb widerspreche ich der Feststellung des Kollegen B...I, daß „durch die allgemeine Spartenbildung eine ungeheure Zersplittertheit in der Gemeinschaftsfamilie der deutschen Buchdrucker“ eingetreten sei, absolut. Richtig bleibt allein, daß zu gewissen Zeiten eine Gegenfähigkeit einzelner Berufsgruppen erkennbar wurde, die aber kaum bis zur Entfremdung, geschweige denn bis zur Zerrissenheit gedeihen konnte. Und diese Gegenfähigkeit der Meinungen und Auffassungen hat es früher gegeben, wird es immer geben, ob Sparten bestehen oder nicht. Die Gefahr, daß sich die Gegenfähigkeit der politischen Meinungen bis zur Entfremdung und darüber hinaus entwickeln konnte, lag zeitweise sehr viel näher und ist heute noch nicht reiflos gebannt.

Auch darin stimme ich mit dem Kollegen B...I nicht überein, daß auf Grund der idealen und materiellen Opfer, die die Sparten von ihren Anhängern fordern müssen, eine Veranlassungsaure hervorgerufen wurde, die sich in einer Beeinträchtigung des Aufnahmefähigkeitsgefühls widerspiegelt. Der unzulängliche Veranlassungsbezug bei den Sparten, bei den Orts-, Bezirks- und Gauvereinen des Verbandes, was überhaupt in den Gewerkschaften allgemein, hat andere Ursachen. Die Gewerkschaften — und zumal der Verband der Deutschen Buchdrucker — haben eine hohe Stufe ihrer Entwicklungsfähigkeit erreicht. Die-

jenigen, die zu dieser Entwicklung durch aktives Mitarbeiten beigetragen haben, sind teils nicht mehr unter den Lebenden, teils infolge vorgerückten Alters der Ruhe bedürftig. Ihre Schüler sind die heute aktiv im Verbandsleben Wirkenden, sie hatten die Bastionen. Die nun folgende Generation ist vom Tage des Beginns ihrer Laufbahn in ganz andere Verhältnisse gestellt. Sie fand ein Gewerkschaft vor, die ihr mißfiel, was andere sich erarbeiten mußten. Damit entfiel zwar nicht die Pflicht für sie, mißfiel am Werte ihren Mann zu stellen, aber die Voraussetzungen entfielen, die Voraussetzungen, die unsere Vorkoederen zu anderen Leistungen, zu anderen Ausprägungen einer starken Lebensbeziehung anporne mußten. Noch andere Verhältnisse sind entscheidend für die Beurteilung des stagnierenden Veranlassungsbezugs. Im letzten Jahrzehnt vollzogen sich Evolutionen mannigfaltiger Art, die auf Männer in reiferen, wieviel mehr auf solche in jüngeren Jahren nicht ohne Einfluß bleiben konnten. Alle Gattungen der modernen Arbeiterbewegung affinierten Kräfte, die zu einem ganz beträchtlichen Teil dem großen Reservoir Gewerkschaft entnommen wurden: So mußten die politischen Parteien, der Arbeiterturn- und Sport- sowie der Genossenschaftsbewegung, den Freidenker- und Arbeiterfängerorganisationen, den Bau-genossenschaften, den Organisationen der Kriegsbeschädigten und Hinterbliebenen, den Mieterorganisationen, und schließlich auch aus rein volkswirtschaftlicher Erwägungen der Kleingartenbewegung zugeordnet werden, daß sie zur Belebung und Befruchtung ihres Zielstrebens sich bedienen, die ihnen Gewähr für den Erfolg verbrieften. Was vorher aktiv in der Gewerkschaft tätig war, blieb es — wie die Erfahrung gelehrt hat — zum erheblichen Teil auch weiter, trotz der unendlichen Verpflichtungen, die mit Verbreiterung und Vertiefung all der genannten Bewegungen dem einzelnen auferlegt wurden. Als weiteres bleibt unverkenbar, daß die individuelle Einstellung und geistlich-moralische Erwägung es vermocht haben, eine Teilung der Kräfte zu vollziehen dergestalt, daß eine Überbürdung oder geistliche Zusammenfallen der Veranlassungen und Veranstaltungen einzelner der genannten Organisationen zu einem verminderten Besuch hier und dort geführt hat und weiterhin führen wird. Damit haben wir uns abzufinden, weil ja nur die Teilung der Kräfte, nicht aber die absolute Verminderung derselben aus dem Zielstreben der gesamten modernen Arbeiterbewegung resultiert. Wo immer der einzelne sich betätigen mag, die Kräfte, die der Arbeiterbewegung, gleichviel welcher Art, gehören, sind auch der Gewerkschaftsbewegung nicht verloren, nur muß sie im Interesse all dieser Bewegungen zeitweise auf ihre Ausnutzung verzichten.

Anderes liegen die Dinge bei dem Teil der Gewerkschaftler, der infolge der politischen Zerrissenheit entmutigt beiseitesteht. Er muß zu aktiver Verbandsarbeit, zum mindesten zum Veranlassungsbezug, zurückgewonnen werden. Beachtet man ferner, daß ein nicht belangloser Teil der alles Negierenden und oft in Verneinung des Kollektiven im Führer der bürgerlichen „Sparte“ und „Gehilfenvereine“ Segelnden existiert, so wird unsicher zu erkennen sein, daß die Gründe für den ungenügenden Veranlassungsbezug doch anderer Natur sind als die des Kollegen B...I.

Bei der offensichtlichsten Wertung des eigentlichen Charakters unserer Sparten im Verband durch den Kollegen B...I und seine zweifellos vorhandenen Anhänger sah ich mich zu diesen ausholenden Betrachtungen gezwungen, um die Abwegigkeit und Ausflüchtlosigkeit einer Forderung: die Sparten als Bildungszirkel dem Bildungsverband der Deutschen Buchdrucker einzuordnen, einem größeren Kollegenkreis offenbar werden zu lassen. Dem Kollegen B...I scheint es selbst nicht erst mit seiner Forderung zu sein, sonst wäre es nicht möglich, daß er an einer Stelle seines Aufsatzes die unbedingte Notwendigkeit der Spartenarbeit bei dem jetzigen spezialistischen Stand des Gewerbes unterstreicht, um kurz darauf dennoch die Befreiung der Eigenfinanz und der Selbständigkeit der Spartenblätter zu verlangen. Denn darüber muß ich Kollege B...I klar sein: Mit der Abschaffung der Eigenfinanz und der Selbständigkeit der Spartenblätter hört das Eigenleben der Sparten auf. Dann kann von einer Emanation lebendigen Spartenmoders auf den allgemeinen Verbandskörper keine Rede mehr sein. Dann werden eben die Sparten das, zu dem sie der Kollege B...I begabieren will: zu verhöferten Bildungszirkeln, die bei besten des heute die Sparten belebenden g e w e r k s c h a f t l i c h e n Elementen infolge Engbrütigkeit zu befördern, der Gesamtheit ihrer engeren Berufskollegen dienlichen, Lebensäußerungen kaum in der Lage sein werden.

Die Bildungszirkel würden also die Funktionen der Sparten nur insoweit übernehmen können, als die Berufsbildung in Betracht kommt. Damit erschöpfte sich aber das Wirken der Sparten nicht, wie bereits oben ausführlich dargelegt ist. Deshalb kann ich mir nicht vorstellen, daß die Bildungszirkel auch nur von ungefähr einen volkswertigen Ersatz (oder mehr) für die heute bestehenden, als Glieder des Verbandes zu betrachtenden Sparten abgeben können. Auch kann ich nicht einsehen, daß eine Rationalisierung des Veranlassungslebens zu erzielen wäre. Einmal hätten doch — immer nach der Darstellung des Kollegen B...I — die örtlichen Berufsgemeinschaften Veranlassungen und andere Veranstaltungen durchzuführen, und daneben wieder die Bildungszirkel für die Spezialgruppen, weil eben das Interesse der Kollegen für Bildungsarbeit ein auf das Spezialfach begrenztes bleiben wird. Die gewerkschaftliche Lage verkauft auch, daß jeder in seinem engern Beruf zur Vollkommenheit streben muß, darüber hinaus aber nur so viel von den übrigen Spezialfähigen in sich aufnehmen kann und wird, als zum Verstehen und zur Beurteilung derselben notwendig ist. Will

der einzelne aber höher hinaus, so wird das seine Angelegenheit. Der Dienst an der Allgemeinheit erschöpft sich jedenfalls dort, wo der Nutzen umstritten bleibt.

Aberdies, mit der „Rationalisierung“ müssen wir sehr vorsichtig sein. Vom „verkehrten Rationalisieren“ haben wir doch wahrlich genug Kostproben. Die Rationalisierung der Unternehmer sollte ja auch ein vernunftgemäßes Wirtschaften bedeuten. Und was bis jetzt dabei herausgekommen ist, ist eine Freisetzung ungezählter, für die Wirtschaft noch brauchbarer Arbeitskräfte, eine ungeheure Verbreiterung des wirtschaftlichen Chaos. Unsere Rationalisierung darf sich in der Tat nur auf vernunftgemäße Lösungen beschränken. Die Freisetzung von Arbeitskräften, die heute in erfreulicher Anzahl in den Körperschaften des Verbandes und in den Sparten wirken, können wir uns nicht leisten. Die Kräfte, die heute im Rhythmus alle Stellen des Verbandkörpers durchfluten, brauchen wir zur Zeit nötiger denn je, da nicht abzusehen ist, welche Gefahren es infolge der wirtschaftlichen Depression noch abzuwehren gilt. Und ob mit der „Rationalisierung“ des Berufsalltags, durch Einordnung der Sparten als Bildungsziel in den Bildungsverband, eine finanzielle Entlastung der Kollegen verbunden wäre, bleibt zweifelhaft. Hier könnte nur die Praxis den Beweis erbringen. Ich finde die Behauptung des Kollegen B... I, daß die (ausgerechnet) Spartenbeiträge den Verdienst der Kollegen schmälern, recht geschmacklos. Der Sparte werden die Beiträge genau so freiwillig zugeführt wie dem Bildungsverband. Wer die Vorteile einer zielten Spartenarbeit nicht einseht, braucht nicht Mitglied der Sparte zu werden, demzufolge auch nicht zu zahlen, obwohl es eine Selbstverständlichkeit sein müßte, daß alle dort sitzen, wo sie zu ernten hoffen. Die Beiträge, die bei den Sparten eingehen, fließen in mannigfacher Gestalt wieder an die Zahlenden zurück, genau wie woanders. Der Verwaltungsapparat ist der denkbar einfachste und — da die ehrenamtliche Tätigkeit überwiegt — die Verwaltungskosten sind gering. Auch die Bildungsziele im Bildungsverband müßten gepfeift werden. Soll sie der Bildungsverband ohne Erhöhung des Beitrags (speisen, oder sollen die 10 oder 15 Pf. Spartenbeitrag pro Woche dem Beitrag der Ortsgruppen des Bildungsverbandes zugeschlagen werden? Wer übernimmt es, die anderen Funktionen der Sparten in einer dieser nützlichen Weise zu erfüllen? Sie würden dem Verbands gefallen, der in der Zentralstelle, in den Orts-, Bezirks- und Gauvereinen unbedingt damit befaßt würde.

Außerordentlich heftig stehe ich der vom Kollegen B... I propagierten Schaffung einer Universal-Buchdruckerzeitung gegenüber. Ich kann immer nur den Dienst an der Allgemeinheit ins Auge fassen. Dabei muß ich das Praktische, Zweckmäßige erwägen. Und da bleibt für mich der Wert einer Universal-Buchdruckerzeitung heil umstritten. Praktisch bleiben vorerst noch für mich die bestehenden (allerdings bescheidenen) Fachblätter der Sparten, weil sie handlich, weniger umfangreich und bei Gebrauch schnell zur Hand sind. Zweckmäßig sind sie, weil dem engeren Berufskollegen in ihnen ein Gebiet erschlossen wird, das ihm am nächsten liegt, das er voll beherrschen will und muß. Zweckmäßig auch deshalb, weil sie verhältnismäßig billig sind. Freilich soll der Seher nicht einseitig bleiben und in alle Gebiete der Sachverstellung eindringen. Und mit Recht sollte er den „Sprachwart“ vorgezogen bekommen, weil er zweifelsohne aus ihm schöpfen wird. Aber daß dem Seher und Korrektor auch noch zugemutet werden soll, die Letztred der Fachblätter der Drucker, Maschinenseher, Stereotypenre und Galvanoplastiker zu bewältigen, von deren Aufsätzen und Abhandlungen er ohne gründliche Vorkenntnisse einfach nichts verstehen wird, halte ich für absurd. Um umgekehrten Verhältnis würde es dem Drucker mit den Fachblättern der Seher, Maschinenseher und bedingt mit dem Fachblatt der Stereotypenre und Galvanoplastiker gehen. Den letzteren wieder mit andern Fachblättern usw. Wenn der „Sprachwart“ könnte für alle als beherrschend in Betracht kommen. Da Kollege B... I von einer „Universal“-Zeitschrift schreibt, muß er ja eine alles umfassende meinen. Ob das auf ein zweckmäßiges Resultat herauskommen würde, müßte ganz gründlich und von allen beteiligten Kreisen untersucht werden. Um ein Experiment darf es sich nicht handeln. Und über die praktische Verwendbarkeit eines solchen Monstrums von Zeitschrift wäre gleich gar nicht zu reden. Es würde doch sicher ein ähnliches Kleid bekommen, wie die „Typographischen Mitteilungen“. Wenn auch diese im jetzigen Zustand unumstritten gut, wertvoll und nützlich sind, so würden sie in einem Zustande, wie ihn der Kollege B... I sich vorstellt, doch einen Lebensumfang erreichen, der eine praktische Verwendbarkeit von vornherein ausschließt. Man sieht, jede Medaille hat zwei Seiten, und wir sind gezwungen, sie verpflichtet, beide zu betrachten, bevor wir sie uns anheften.

Freilich ist das Streben zur beruflichen Vollkommenheit heute nötiger als je. Und es wird niemand oder nur wenige geben, die die in Jahrzehnten vollbrachte vorbildliche Berufsbildungsarbeit des Bildungsverbandes nicht anerkennen, nicht fürberhin unterstützen möchten. Gewiß ist eine Vereinfachung und Vereinerung, eine Vermeidung von Leerlauf auf allen Gebieten erwünscht. Nur vermag ich nicht einzusehen, daß in der Weise, wie es der Kollege B... I empfiehlt, der Zweck durch die Mittel geheiligt wird. Anträge, ja gute Erfahrungen hinsichtlich der Gemeinschaftsarbeit im Berufsbildungswesen sind heute schon vorhanden. Es gibt Gau- und Bezirke des Verbandes, in denen schon seit Jahren, in andern neuerdings die Gemeinschaftsarbeit im Berufsbildungswesen geübt wird. Teilweise sogar unter fürsorglicher Assistenz der Gau- und Bezirksvorstände des Verbandes, was ich als außerordentlich lobens- und nach-



Fünfzig Jahre Verbandsmitglied



Otto Krüger in Berlin
Eingetretten: 10. Juli 1880
Gadebell W. in Berlin



Franz Theilen in Elberfeld
Eingetretten: 4. Juni 1880
Reht J. in Elberfeld



ahmenswert bezeichnen muß. Die Gau-, Bezirks- und Ortsvorstände des Verbandes müssen auch auf dem Gebiete des Berufsbildungswesens ihre Hand im Spiele haben, wegweisend, vermittelnd, ausgleichend wirken, alle Anzeichen einer destruktiven Tendenzarbeit von vornherein unterbinden. Dann haben wir schon die erste Etappe auf dem Wege zur Vereinfachung (das obstruere Wort „Rationalisierung“ will ich gar nicht gebrauchen), zur Vermeidung von Leerlauf zurückgelegt. Dann können wir uns nicht nur noch näher, als wir uns ohnehin schon stehen, dann behält auch das Primat die Instanz, die es haben und behalten muß: der Verband, die Gewerkschaft. Und so werden auch, wenn eine durch Umwälzungen oder Umsichtigungen bedingte organisatorische Reform zwingender Natur sein sollte, die Sparten — die ja Glieder des Verbandes sind — nicht ihre Einordnung in den Bildungsverband finden, sondern dieser wird sehr wahrscheinlich seine Neutralität preisgeben und als Glied im Verbands seine schöpferische, befruchtende, aber doch Dienst an der Allgemeinheit darstellende Tätigkeit in einer den Verhältnissen gerecht werdenden Form fortsetzen können.

Berufsausbildung und Berufsschule

Es kann erfreulicherweise festgestellt werden, daß die Gewerkschaften in den letzten Jahren der Erziehung ihres Nachwuchses immer größere Aufmerksamkeit entgegenbringen. Die Grundlage dieser Erziehungsarbeit bildet die Einsicht, daß wir in den Gewerkschaften einen Nachwuchs brauchen, der gewerkschaftlich denken und handeln kann. Unser Nachwuchs kennt nicht die Kämpfe der Gewerkschaften, in denen die Gründer und Gestalter groß und fähig wurden, die Organisationen zu leiten und auszubauen, zu denen was sie heute sind. Den Jungen die Erkenntnis gewerkschaftlichen Wertens nahe zu bringen, ihnen Einsicht in die Notwendigkeit und Eigenart des Kampfes zu geben und frühzeitig solidarisches Handeln in ihnen zu wecken, welches die Gewerkschaftsbewegung groß gemacht hat und gegen alle Angriffe standhält — ist der Hauptteil der gewerkschaftlichen Jugendbildung. Den andern Teil bildet die berufliche Erziehung. Verband und Beruf sind Standort und Ausgangspunkt unserer Erziehungsarbeit.

Die Notwendigkeit der beruflichen Erziehung mit Hilfe des Verbandes wird heute kaum noch bestritten. Von der Erkenntnis ausgehend, daß auch heute noch, trotz Rationalisierung, der tüchtige Gewerkschaftler auch der tüchtige Kenner seines Berufes ist, haben fast alle Gewerkschaften die berufliche Erziehung ihres Nachwuchses mit in ihr Arbeitsprogramm aufgenommen. Die fachtechnischen Kurse, Vorträge, Rundsendungen, Zeitschriften usw. legen dafür Zeugnis ab.

Ein nicht zu unterschätzender Teil der beruflichen Ausbildung wird heute in der Berufsschule vorgenommen. Daraus erwächst das Interesse der Gewerkschaften an der Berufsschule. Die Diskussionen in den Verbänden und deren Zeitungen seit dem Hamburger Gewerkschaftsfongress, der die Gewerkschaften verpflichtet, an der Entwicklung und dem Ausbau des Berufsschulwesens mitzuwirken, zeigen, daß man sich nicht nur um die Lehrlinge selbst, sondern auch um ihre Schule, die Berufsschule, kümmert.

Worauf gründet sich das Interesse der Gewerkschaften an der Berufsschule? Die Antwort liegt nahe: Die Berufsschule ist die Schule im gesamten Aufbau des Schul- und Bildungswesens in Deutschland, die dem Arbeits- und Wirtschaftsleben am nächsten liegt. Es ist die Schule der arbeitenden Jugend, die Schule unseres Nachwuchses. In ihr erhält die Jugend eine berufliche, wirtschaftliche und staatsbürgerliche Erziehung. Aus dieser Aufgabe ergibt sich, daß die Gewerkschaften an der Gestaltung des Berufsschulwesens größtes Interesse haben müssen. Sind es auch nur wenige Stunden in denen die Lehrlinge die Berufsschule besuchen können, so sind doch

diese von besonderer Bedeutung nach zwei Seiten hin. Erstens wird die berufliche Ausbildung, die der Lehrling im Betriebe erfährt, zweifach in der Berufsschule ergänzt und vertieft. Es werden die nötigen theoretischen Einführungen gegeben, die der Beruf erfordert. Die geistigen Hilfsmittel also für die gesamte Berufspraxis. Zweitens ist die Berufsschule auf die praktischen Erfordernisse des Berufes eingestellt und ergänzt das berufliche Können nach der praktisch-technischen Seite hin und erstrebt auch damit die berufliche Erziehung. Hierin liegt die praktische Bedeutung der Berufsschule. Gibt uns heute in unserem Beruf auch die Lehrpläne eine Garantie für die Ausbildung der Lehrlinge, so ist die Berufsschule deshalb nicht weniger dringlich. Insbesondere dort, wo in Lehrdruckerereien nicht die genügenden technischen und maschinellen Einrichtungen und Arbeiten vorhanden sind. Der Lehrling muß dort die Arbeiten der Reihe nach erledigen, wie die Aufträge eingehen. Man fragt nicht — und kann zum Teil nicht danach fragen —, ob der Lehrling die Arbeit nicht schon dauernd gemacht hat und deshalb andere Arbeiten für ihn nötig sind, um ihm somit für die vielseitigen Arbeiten in unserem Beruf zu schulen. Kommt dem Lehrling während der Lehrzeit alles unter die Hände, so wird sich auch bald herausstellen, für welche Arbeiten er besondere Fähigkeiten entwickelt, die sonst verkümmern würden. Käme man in den ersten Jahren vom Lehrling nur die „Daueraufträge“ erledigen, dann ist man im letzten Jahre bemüht, das Versäumte nachzuholen, damit die Prüfung wenigstens noch knapp zum „Lob“ der Firma bestanden wird. Es liegt auf der Hand, daß so eine Lücke in der Lehrlingsausbildung liegt. Hier greift die Berufsschule ein und füllt die Lücken aus. Dabei ist die Tatsache nicht zu unterschätzen, daß der Fachlehrer Rücksicht auf besondere individuelle Fähigkeiten und Neigungen der Lehrlinge nehmen kann. Diese ist durchaus notwendig. So kann z. B. der Lehrling mit gutem Geschick usw. vom Lehrer die nötigen Anregungen zur Weiterbildung erhalten, um damit etwaige seine Fähigkeiten zum Illustrationsdrucker zu spezialisieren. Oder liegen die Fähigkeiten anders, dann eben für die andere geeignete Arbeit. Ähnlich ist es im Satz. Besondere Begabung im Zeichnen und Entwerfen können gefördert werden, um auch hier z. B. den Aktiven- oder Werkschablonen zu erkennen. Ist auch die Ausbildung für alle Arbeiten unseres Berufs dringend nötig, so darf doch die Förderung der besonderen Fähigkeit in frühen Jahren nicht unterschätzt werden. Einmal wird dies von der technischen Seite her unserm Beruf dienlich sein, zum andern auch die Spannung von Berufsideal und Berufswirklichkeit innerlich unserm Berufes geringer werden. Wo der rechte Mann am rechten Platz steht, wird auch das Berufs- und Arbeitsleben ein besseres. Damit soll aber nun einer qualitativen Wertung der einen oder andern Arbeit nicht das Wort gesprochen sein. Mein — der eine ist aber von Natur aus für diese, der andre für jene Arbeit besser geeignet. Zu allen Arbeiten aber ist eine gleich gute qualitative berufliche Erziehung nötig, die dann erfolgversprechend sein wird, wenn früh die geforderte Rücksicht und Förderung mit den nötigen Anleitungen einsetzt. Diese nur ganz schwach angebeuteten Beispiele sollen zeigen, daß die Berufsschule ein organischer Bestandteil der beruflichen Ausbildung ist und von dieser Seite her unsere Aufmerksamkeit erfährt.

Eine andre Seite der Bedeutung der Berufsschule ist gekennzeichnet mit den Oberbegriffen der staatsbürgerlichen, wirtschaftlichen und sozialen Erziehungsaufgabe. Im alten Obrigkeitsstaat war Kenntnis und Studium der Verfassung und des Staatslebens Sache einer kleinen Oberschicht, denn die politischen Rechte waren ja für die unteren Schichten gering. Die Revolution brachte den Arbeitern lang erstrebte politische Rechte und gab dem Staat eine neue Grundlage. An die Stelle der Monarchie ist die demokratische Republik mit der parlamentarischen Regierungsform getreten. Die neue Verfassung legt fest, daß die Staatsgewalt vom Volk ausgeht. In wenigen Jahren konnte nicht verwirklicht werden, was in Jahrhunderten verkümmert wurde. Die politische Erziehung breiter Schichten braucht Geschick, wenn sie dauerhaft bleiben soll. Deshalb ist es heute nötig, Inhalt und Sinn der Reichsverfassung, die uns politische Rechte brachte, in frühen Jahren der arbeitenden Jugend zur Kenntnis zu bringen. Mit der Eroberung der Rechte haben wir Pflichten übernommen, die diesen Rechten entsprechen. Die Pflichten zu erfüllen, stärkere Anteilnahme am politischen Leben zu fördern und damit auch die in der Verfassung festgelegten Grundrechte und Pflichten ganz wirklich werden zu lassen — dazu kann die Berufsschule im staatsbürgerlichen Unterricht beitragen. Gibt sie den Schülern so gewerkschaftliche, so kann dies für die Arbeiterschaft nicht schädlich sein, wenn der Nachwuchs dann in der Schule der Arbeiterbewegung die weitere Bildung erfährt, die alles Gelernte in die richtigen Bahnen lenken wird.

Der Unterricht in wirtschaftlicher Hinsicht zeigt dem Lehrling den Beruf im Gesamtzusammenhang der Wirtschaft. Darüber hinaus, was schon mehr als Forderung an die Berufsschule zu stellen ist, ist es nötig, mit dem immer stärker werdenden öffentlichen Charakter der Wirtschaft die Vorgänge und Zusammenhänge aufzuzeigen. Aber die wirtschaftlichen Grundbegriffe und vor allem über die privatwirtschaftlichen hinaus, muß die Wandlung in der Struktur der Wirtschaft aufgezeigt werden, um so die dringende Erziehungsaufgabe zu einer neuen Wirtschaftsgestaltung, die den Sinn der Wirtschaft in planmäßiger Versorgung und nicht in privaten Profitinteressen liegt, mit erfüllen zu helfen. Natürlich ist eine der wichtigsten Voraussetzungen dieser Erziehungsaufgaben, eine sozial eingestellte Lehrerschaft. Um eine solche zu garantieren, wird die Einwirkung der Gewerkschaften auf die geistliche Regierung des Berufsschulwesens Beförderung schaffen können.

Auch müssen die Möglichkeiten des Zuganges zum Berufsschullehrerberuf den Arbeitern mehr eröffnet werden und das Berechtigungsweisen endlich sozial gestaltet werden. Es zeigen sich heute schon Verbesserungen, indem wir schon Hunderte von Berufsschullehrern haben, die unsere Kreise entlasten und viele, die uns nahe stehen. Die Entwicklung weiter zu fördern, ist eine Aufgabe der Gewerkschaften.

War bisher das Berufsschulwesen oftmals einseitig Sache der Unternehmer und der Handwerkerkreise, die die Reichsgewerbeordnung diesen besondere Rechte hierfür gab, so ist es doch seit der Staatsumwälzung anders geworden. Die Reichsverfassung legt in Artikel 145 die Fortbildungspflicht fest. Eine reichsgesetzliche Regelung des Berufsschulwesens ist aber bis heute noch nicht ergangen. Auch läßt das Berufsausbildungsgebot noch auf sich warten, das ja Bestimmungen über die Mitwirkung der Gewerkschaften in den Berufsschulen enthält. Die Mitwirkung ist heute in den landesgesetzlichen Bestimmungen festgelegt. Die speziellen Gesetze und Ausführungsverordnungen und Bestimmungen müssen in der Hand unserer Funktionäre sein, die auf diesem Gebiete tätig sind. In allen Ländern ist die Mitwirkung der Gewerkschaften an den Berufsschulen gesichert. In den Schulvorständen, Schulbeiräten und wie in unserm Gewerbe, den Fachschulrätschen, arbeiten die Vertreter der Gewerkschaften mit. Die Fachschulrätschensmitglieder richten ihr Augenmerk auf die Pflege des fachlichen Unterrichts. Bei der Einrichtung der Schulwerkstatt, der Anschaffung der Lehrmittel usw. ist ihre Mitarbeit sehr nötig. Darüber hinaus muß sich die Mitarbeit auch auf die gesamte Lehrplangestaltung erstrecken.

Arbeiten unsere Funktionäre im Rahmen der gesetzlichen Möglichkeiten so an der äußeren und inneren Gestaltung der Berufsschule mit, darf es dabei nicht bleiben. Vor allem muß das Interesse an der Berufsschule breiter werden. Nicht nur die tätigen Funktionäre, sondern jede der Gehilfen muß den Fragen der Berufsschule Interesse entgegenbringen. Auch gilt es, unsern Lehrlingen die Bedeutung ihrer Berufsschulzeit klarzumachen. Auch diese Erziehungsarbeit außerhalb der Berufsschule zu einer Berufsschule hin ist dringend erwünscht. Nicht aus einem Zwangsgedank darf der Lehrling die Schule besuchen. Er muß früh erkennen, daß er in der Berufsschule Wichtiges für seine spätere Lebensgrundlage erfährt. Diese Zusammenarbeit an unsern Jungbuchdruckern darf nie einen schulmeisterlichen Charakter haben, sondern muß kameradschaftlich sein. Nicht nur in der Lehrungsveranstaltung, sondern an Ort und Stelle, im Betriebe, ist diese Erziehungsarbeit im Interesse unseres Verbandes und der gesamten Gewerkschaftsbewegung zu fördern.

Aberblicken wir das gesamte Gebiet, so ist eine Vertiefung und Förderung der Beziehungen zwischen Gewerkschaften und Berufsschule dringend erwünscht. Dieser Arbeit dient auch eine kleine Schrift von Otto Heßler: „Gewerkschaften und Berufsschule“. Diese Schrift gehört in die Hand jedes interessierten Gewerkschaftlers. Sie zeigt die Möglichkeiten der Mitarbeit der Gewerkschaften in der Berufsschule auf, stellt kurz die gesetzlichen Bestimmungen dar und zeigt auch die Möglichkeit der Zusammenarbeit mit der Berufsschullehrerschaft. Die Schrift ist ein guter Führer auf dem Wege zur positiven Mitarbeit der Gewerkschaften im Berufsschulwesen.

W. Leonhardt (Chemnitz).

Korrespondenzen

Wo. Brandenburg a. d. S. Die sehr gut besuchte Bezirksversammlung am 25. Mai in Brandenburg wurde mit dem schwingvollen Lied „Empor zum Licht“ vom Gesangsverein „Graphia“ eröffnet. Darauf hieß der Vorsitzende, Kollege Wendt, die Kollegen und Gäste willkommen; ferner widmete er Worte des Gedankens den verstorbenen Kollegen Schönhut und Schmiedede. Protokoll und Kassenbericht wurden nicht beantragt; nachbezüglich wurde die vom Vorstand zu beschließende gegebene Extrunterstützung. Nach einer Aussprache wurde vom Vorstand vorgezogen und von der Versammlung angenommen: „In Wittingen und im August erhalten Ausgelagerte 15 M., Erwerbslose 10 M. aus der Bezirkskasse.“ Kollege Kriebel, Vorstandsmittglied des DDBV, veranschaulichte in eindrücklichem, temperamentvollem Vortrag der erwartungsvoll lauschenden Kollegenschaft einen Einblick in die aktuellen Fragen der Wirtschaft und Politik. Er führte aus, daß die Arbeitslosigkeit ungeahnte Dimensionen annehme; ihre Begleitererscheinung seien Konturle, die von Wirtschaftspolitikern als reinigendes Gewitter für einen weiteren Aufstieg als unbedingte Notwendigkeit erachtet werden. Marx sah dieses voraus und konstruierte daraus den Zerfall des Kapitals (bis heute aber noch nicht vollständig). Heute gilt innerhalb der Wirtschaft der für die Arbeiterschaft ungünstige Kartellzwang; aber mit dem Aufschwung, daß das Preissturz durch Produktionsartefakt abgelöst wurde. Folgeerscheinungen innerhalb der Kartellverbindungen sind Konturle, Betriebszusammenlegungen und -stilligungen. (Als Bräunie im Kubistreib gab das Kartell zwei Millionen Markt.) Diese wiederum zeitigen hohe Gewinnschübe und eine große Ausbeutung der stark reduzierten Belegschaften. Mit diesem Tempo ist die Arbeiterschaft in Bezug auf Kampfmaßnahmen nicht mitgenommen, darum ist heute große Aktivität notwendig. In eine baldige Besserung der Wirtschaftslage ist nicht zu denken, da in der zu schnellen Rationalisierung zu viele Fehler lagen, und Kapital und öffentliche Wirtschaft jetzt größtes Vorrecht walten lassen. Die Privatinteressen den Reichsinteressen vorsetzende Reichsbank unter Schacht und Luthner kann für sich in Anspruch nehmen, auch ein groß Teil Schuld an der jetzigen Lage zu haben. Der Staat ist zu schwach gegen das Kapital, das jetzt diese Ironie: Deutsches Kapital kommt über das Ausland nach Deutschland als Auslandsanleihe! Besondere Aufmerksamkeit bedarf die neue Regierung betreffs ihrer Maßnahmen, den Verelendungsprozess der Arbeiterschaft aufzuhalten. Die Dauerarbeitslosigkeit treibt zur

Zersplitterung innerhalb der Arbeiter, aber keiner kann dafür angeklagt werden, denn nur die Verhältnisse trieben dazu. Die soziale Lage ist aber nur zu ändern über die politische hinweg, und dazu ist die Einigkeit die Voraussetzung. Einzelne Kollegen betätigten durch eine darauf einsetzende Diskussion die mit großem Beifall aufgenommenen Ausführungen des Referenten. Der Vorstand wurde wiedergewählt. Die große Arbeitslosigkeit im Bezirk hat zugenommen, aus allen Bezirkeorten wurde wesentlich Neues nicht gemeldet, Jizlar hat die Verbringungsstala nicht eingehalten. Die nächste Versammlung soll im Herbst in Wöllrich abgehalten werden — wenn es die finanziellen Verhältnisse gestatten. Gauvorsitzer Reintle (Stettin) sprach zur Lohnpolitik des Verbandes. Diese wurde von der Versammlung gutgeheißen. Eine gemeinsame Mittagstafel und ein Ausflug nach der Seewirtschaft „Matze“ beschlossen die Versammlung.

K. Duisburg. Unsere Bezirksversammlung am 14. Juni in Oberhausen (Rhd.) hatte einen guten Verlauf aufzuweisen. Vorsitzender Fette gab zunächst die geschäftlichen Mitteilungen des Vorstandes bekannt, die ohne größere Aussprache zu Kenntnis genommen und erledigt wurden. Gegen den Kassenbericht, der gedruckt vorlag, wurden Einwendungen nicht erhoben und dem Kassierer Duat einstimmig Entlastung erteilt. Lehrender beschäftigte sich eingehend mit den Gewohnheitsverhältnissen, den Kollegen, die es nun einmal nicht fertig bringen, ihre fälligen Verbandsbeiträge prompt zu bezahlen, sich aber aufregen, wenn ihnen der Funktionär bei irgendeinem Unterhaltungsfall die Auszahlung der Unterfertigung verweigert. Er forderte diese „Ehrenmitleider“ auf, dem § 10 Absatz e der Verbandsatzungen dieselbe Beachtung wie den anderen statutarischen Vorschriften zu schenken und künftig ihre Beiträge rechtzeitig zu bezahlen, wenn sie sich ihre Rechte wahrnehmen wollen. Sodann referierte der in unsern Kollegenschaft bekannte und geschätzte Chefredakteur Dr. Artur Schirmer über das Thema: „Aus zwei Jahrhunderten deutschen Humors“. Neben kräftiger Volksdichtung voller Hohe und Ihermut brachte der Referent formvollendete Verse und Erzählungen der besten Geister jener Zeiten zu Gehör. Der natürliche Humor Dr. Schirmerbergs tat dazu sein übriges, uns in den Tagen der Arbeit und Sorgen für kurze Zeit zu erleichtern. Nach kurzer Pause ging man dann wieder zum gewerkschaftlichen Teil über, und zwar stand das unerfreuliche Kapitel der Stilllegung der Hausdruckerei der Firma Vereinigte Stahlwerke AG. (August-Thyssen-Hütte) in Hamborn und in Verbindung damit die Stellungnahme des Verbandsvorstandes zu der von den dadurch betroffenen Kollegen beantragten Maßregelungsunterstützung zur Debatte. Der Sachverhalt liegt kurz wie folgt: Die Firma hatte bei der Regierung um Genehmigung zur Entlassung von tausend Arbeitern nachgesucht, diese Genehmigung auch erhalten und, obwohl genügend Arbeit vorhanden, die Hausdruckerei stillgelegt, um — mitleidliche Personen auf diese Weise loszuwerden. Die von der Kollegenschaft dieserhalb beantragte und inzwischen erfolgte Verhandlung vor dem Oberregierungsrat bisher gezeitigte nun folgendes Ergebnis: Wiewohl der Regierungsvorstand Blüher anerkennt, daß die von unsern Kollegen vorgebrachten Einwände, daß nicht Arbeitsmangel, sondern Nachschub der Vereinigten Stahlwerke Anlass zur Stilllegung gegeben hat, entchiedlich doch der nachte Vorlage; die Direktion wies nach, daß in der von ihr angegebenen Belegschaftszahl von 1947 auch die Buchdrucker enthalten sind und dieses somit auch unter die tausend Mann fallen, die zu entlassen die Firma Genehmigung hat. Aus der Verhandlung verdient aber ein Ausspruch besonders festgehalten zu werden: Auf die Frage des Herrn Blüher an den Vertreter der Direktion, Oberingenieur Braun, ob die Stilllegung eine gängliche und für die Dauer sei, antwortete dieser absehlend, daß es sehr wohl möglich sei, daß der Betrieb in kurzer Zeit in beschränktem Umfang wieder aufgenommen wird. Hier wurde aus dem Direktionsmund bestätigt, daß die Kollegen mit ihrer Stellungnahme von vornherein recht hatten. Der Entschluß des Verbandsvorstandes nun, der den Hamborn Kollegen wissenshaft, daß falls sie unter die tausend Entlassenen zählen, eine Maßregelung für sie nicht in Betracht käme, rief bei der Versammlung starke Erbitterung hervor. Sanktliche Redner betonten, daß man aus organisatorischen Gründen der beantragten Maßregelungsunterstützung zustimmen sollen. Daß Maßregelung vorliegt, könne nicht strengt sein und wird durch die Abzehrung des Firmenvertrinters nur bestätigt. Diejenigen Kollegen, die alle die Zeit durch die Interessen unserer Organisation in diesem schwer zu bearbeitenden Betrieb vertreten haben, werden bei Wiederanhebung des Betriebes auf der Straße bleiben — als Gemäßigter! Nicht rein formaljuristische Gründe, sondern organisatorische sollten ausschlaggebend sein bei der Behandlung dieser Frage. Eine in diesem Sinne gehaltene Entscheidung fand einstimmige Annahme.

Bad Dürkheim. Am 14. Juni fand in der Wingergeoffenschaft eine Mitgliederversammlung statt. Als einziger Punkt stand auf der Tagesordnung: Ehrung der 25jährigen Verbandsjubilare. Infolge der wirtschaftlichen Notlage wurde die Feier in kleinsten Rahmen gehalten. Vier Kollegen wurden geehrt, und zwar: Tobias Deubert, Thomas Saub, Fritz Strobel und Artur Thomas. Der Vorsitzende des Ortsvereins überreichte den Jubilaren im Namen des Ortsvereins ein schönes Geschenk. Die Glückwünsche des Bezirksvereins Neudorf überbrachte der zweite Vorsitzende, Kollege Erass, der ebenfalls ein Geschenk überreichte. Im Namen der Jubilare sprach Kollege Deubert den Dank für die Ehrung aus. Nach Schluß der Versammlung blieben die Kollegen noch einige Zeit in geselliger Unterhaltung beisammen.

durch Gauverwaltung und Kassieren die Arbeit zu erleichtern und viele unnötige Rückfragen überflüssig zu machen. Aus seinem Tätigkeitsfeld zeigte er denn auch in ausführlicher Weise, wie es gemacht und wie es nicht gemacht werden soll. Nach diesem Vortrag und der anschließenden Diskussion ist es wohl kaum noch möglich, daß Unklarheiten über fachtechnische Organisationsfragen herrschen. Anschließend hielt dann Herr Steinböck, Oberverwaltungssekretär beim Arbeitsamt Köln, einen Vortrag „Wissenswertes aus der Praxis der Arbeitslosenversicherung, Arbeitsunterstützung und Spruchverfahren“. Mit der Wahl dieses Themas hatte die Gaultierung einen glücklichen Griff getan. Der Referent verstand es, aus seiner reichen Erfahrung den Anwesenden recht wertvolle Winke zu geben, denn bei dieser ganzen Materie hängt der Erfolg schon vielfach davon ab, wie man eine Sache ins Werk setzt. Von einer größeren Aussprache sah man mit Rücksicht auf die vorgeschrittene Zeit ab. Unter „Besprechendem“ machte Kollege Wölschner noch einige Mitteilungen. Kollege Möller hat die Bezirkskassierer, die wöchentliche Berichterstattung über die Notstandsbeihilfe genau und pünktlich einzulegen. An dieser Stelle seien auch die Ortskassierer dringend gebeten, ihrerseits dieselbe jede Woche pünktlich an die Bezirkskassierer gelangen zu lassen. Kurz nach 5 Uhr konnte Kollege Wölschner die Konferenz schließen. — Im Anschluß traten die Anwesenden dem Gaubüro einen Besuch ab. Hier konnte Kollege Möller an Ort und Stelle die praktischen Erläuterungen zu seinem Vortrag geben, und manch einer der Teilnehmer gab seiner Bewunderung über die Vielgestaltigkeit der von unser Gauverwaltung zu leistenden Arbeit Ausdruck.

Schnitz. Sa. Am 14. Juni beging unser Ortsverein sein zehnjähriges Bestehen, verbunden mit der Johannisfestfeier. Aus diesem Anlaß hatte man sich im „Schnitzhof“ in Herbigswalde bei Schnitz zu einem gemächlichen Abend zusammengefunden. Eingeleitet wurde diese Feier durch gute Musikvortritte. Bei der Begrüßung gab Vorsitzender Ernst besonders der Freude Ausdruck über das Erscheinen unsers Gauvorsitzers Sahmann. Nach einem schwingvoll vorgetragenen Prolog: „Zum Johannisfest“ durch Fräulein Pech, wechselten Deklamationen heiteren und erfrischen Inhalts (von Fräulein Pech, Kollegen Schneider II und Ernst vorgetragen) sowie gemeinsame Befänge miteinander ab. Den Höhepunkt des Abends bildete die Festrede unsers Gauvorsitzers, der in längeren Ausführungen auf die große Bedeutung des Deutschen Buchdruckerverbandes hinwies und betonte, wie schwer es auch in Schnitz gewesen ist, bis er im Jahre 1920 hier Wurzel fassen konnte. Kollege Ernst behandelte dann in kurzen Umrissen die Entstehung und Entwicklung des Ortsvereins, dankte allen Kollegen für die bisherige Mitarbeit und gedachte auch der drei Kollegen, die frühzeitig aus unser Mitte gerufen wurden. Auf ihnen wurde für geleistete Dienste gedankt und die Festversammlung ehrte sie noch im Lode, indem man sich von den Vätern erhob. Sodann gab er zur Kenntnis, daß nicht nur der Ortsverein allein ein Jubiläum feiert, sondern auch Kollege Schülze, der heute seine 25jährige Verbandszugehörigkeit mit feiert. Er wurde mit einem sinnigen Diplom und Geschenk geehrt und weiterhin sprach ihm der Vorsitzende auch den Dank dafür aus, daß er ja der eigentliche Urheber der Gründung eines Ortsvereins 1920 in Schnitz war. Der Jubilar war erschöpflich erfreut und dankte für die Ehrungen. Der zweite Teil des Abends wurde mit einem flotten und schönen Tanzchen sowie mit Preisquadrätern, Saalpok und einer Polonaise ausgefüllt. Alles in allem: Dieser Abend ging ein jeder befreit nach Hause in dem Bewußtsein, wieder einmal ein paar fröhliche Stunden im Kreise der Kollegen verbracht zu haben. Nur zu bedauern sind diejenigen, welche immer noch nicht einsehen wollen, daß sie dorthin gehören, wo sie ihren Halt und Stütze haben, in die Beratungen jeglicher Art des Ortsvereins, der ja ein Glied des Verbandes ist.

Wernigerode. In unser bunten Stadt am Harz versammelten sich am ersten und zweiten Pfingsttag die Maschinenleger des Saalegaaues zur Generalsversammlung ihrer Gauvereinigungen. Der Ortsverein Wernigerode empfing am ersten Pfingsttag früh die Kollegen am Bahnhof und geleitete sie unter Vorantritt einer Musikkapelle zum Gewerkschaftshaus, dem Hotel Monopol. Hier eröffnete im herrlich geschmückten Saal der Vorsitzende Kollege Wintert die äußerst zahlreich besuchte Versammlung, an der unter anderen Gästen auch der Gauvorsitzer Kollege Hugo König teilnahm. Nach den üblichen Begrüßungen machte Kollege Wintert geschäftliche Mitteilungen, bei denen er auch auf den Konflikt der Maschinenleger in der „Deutschen Tageszeitung“ in Berlin und den Artikel „Leistungsteigerung an der Linotype“ in Nr. 15 der „Linotype-Post“ vom 10. April 1930 einging. Es muß werden, wie eine erste Schriftleitung einen solchen Artikel überhaupt aufnehmen konnte. Der Jahres- und Kassenbericht ist den Mitgliedern gedruckt zugegangen. Ausstellungen wurden nicht gemacht. Auf Antrag eines Revisors wurde dem Kassierer Kollegen Fehringers Entlastung erteilt. Hierauf nahm Vorsitzender Wintert Gelegenheit, dem Kassierer für seine Tätigkeit, die er nunmehr 20 Jahre lang ununterbrochen mit vollster Hingabe und Gewissenhaftigkeit ausführt, den aufrichtigsten Dank der Vereinigung auszusprechen. Nach Annahme einiger Anträge, die sich mit einem Zuschuß zum Pfingstessen und mit der Weiterzahlung der Beiträge auch in Krankheitsfällen betrafen, hielt der Vertreter der „Intertyp“, Herr Max Hartmann, einen Vortrag über Neuerungen an der Intertyp, dem mit großem Interesse zugehört wurde. Die behandelten Neuerungen, wie ein moderner Gießbadstift mit vier Unterabgleichsformen, ein vereinfachter Keilstein, ein Universalmaschinenrad, eine Sammelvorrichtung für schnellen Formatwechsel usw., waren ausgestellt und konnten in Augenschein genommen werden. Auch an dieser Stelle sei der Intertyp-Gesellschaft für ihre Entgegenkommen der beste Dank gesagt. Der nun folgende Punkt „Tarifliches“ rief eine lebhafteste Debatte hervor. 25 Proz. Aufschlag, Einrechnung der Sonntagsarbeit in die stündliche Arbeitszeit, jede Abteilung trägt ihre Arbeitslosigkeit selbst, Verfüzung der Arbeitszeit, bildeten die Grundlage aller Ausführungen. Auch der „Fall Maslo“ wurde eingehend besprochen. Bei der nun folgenden Vorstandswahl wurde der bisherige Vorstand einstimmig wiedergewählt. Die nächst-

jährige Generalversammlung soll in Halle a. d. S. stattfinden. — Eine gemeinsame Mittagspause vereinte dann die Kollegen noch einige Zeit. Darauf ging es bei schönem Sonnenschein „in die Berge“, um sich am Abend wieder im Gewerkschaftshaus zu einem fröhlichen Tanzabend einzufinden. In den Pausen ließ ein gemächlicher Chor große Reigen erfinden. Der Orchesterleiter Wernigerode hatte alles so gut vorbereitet, daß sich die Kollegen recht wohl fühlten. Nochmals unsern herzlichsten Dank dem wackeren Orchesterleiter. — Der zweite Festtag zerstreute die Kollegen, die zum Teil ihre Angehörigen mitgebracht hatten, in alle Richtungen des schönen Harzes — selbst dem Vater Brocken haben einige „Tafel“ einen Besuch abgestattet. Erst am Abend traf man sich auf dem Bahnhofs wieder, um in überfüllten Zügen der Heimat zuzufahren.

Allgemeine Rundschau

Die Tarifvertragsverhandlungen im graphischen Gewerbe Österreichs abgebrochen. Die Kollektivvertragsverhandlung für die Buchdrucker, Steindrucker, Druckereischreiber, Chemigraphen und verwandten Gewerbe ist in ein kritisches Stadium getreten. Nach neuntägigen, äußerst schleppend vor sich gegangenen Verhandlungen wurden diese am 2. Juli abgebrochen. Auf die Frage der Arbeitgebervertreter an die Prinzipalsunterhändler, sich nun endlich auch zur Lohnfrage zu äußern, legten diese eine Aufstellung von 33 ihrer ursprünglich vorgeschlagenen, äußerst einschneidenden Verschlechterungsanträge vor mit dem Bemerkten, daß sie in diesen ein Entgegenkommen verlangen, und daß alle die Produktion irgendwie verteuenden Bestimmungen ausgeschlossen seien. Nur dann sei allenfalls auf eine ganz geringfügige und noch unbekannte Aufbesserung der Löhne zu rechnen. Die Antwort der Arbeitgebervertreter auf diese Forderungen der Unternehmer lautete, daß man nur einer vorher niedrigeren Organisation ein derartiges Ansinnen stellen könne. Das Graphische Kartell erklärte weitere Verhandlungen auf Grundlage dieser reaktionären, mit der Würde der Gewerkschaft und den Lebensrechten ihrer Mitglieder unvereinbaren Forderungen für schlechthin unmöglich und gelangte zur Überzeugung, daß die Unternehmer eine ernstliche Verständigung über einen für die graphische Arbeiterwelt möglichen Kollektivvertrag gar nicht wollen, sondern es vielmehr auf eine Herausforderung derselben abgesehen haben. Zu dieser Situation nahm am 4. Juli eine Versammlung der Betriebsräte der Wiener graphischen Betriebe Stellung, und Obmann Kollege Weigelt als Referent erklärte, daß weitere Verhandlungen nur möglich sind, wenn die Unternehmer ihre Schandvorlage zurückziehen. In einer Resolution wurde zum Ausdruck gebracht, daß die Arbeiterwelt im Hinblick auf eine bevorstehende neuerliche Verteuerung der Lebenshaltung durch die Mietzinserhöhung und Lebensmittelpreise auf eine Verbesserung ihrer Lebenslage nicht verzichten kann, aber auch nicht in der Lage sei, wesentliche, in jahrezeitlangen Kämpfen erworbene Tarifpositionen preiszugeben. Zur Erreichung der angeführten Ziele wurden von der Kartellleitung geeignete Maßnahmen gefordert. Die weitere Gestaltung der Dinge hängt also festlich von dem Verhalten der Unternehmer ab.

Nur noch eine Berufsgehilfenchaft für das graphische Gewerbe. Auf der 46. ordentlichen Genossenschaftsversammlung der Deutschen Buchdrucker-Berufsgenossenschaft in Göttingen wurde eingehend über die Vereinigung der Berufsgehilfenchaften des graphischen Gewerbes beraten. Mit vollem Recht wird in der hierzu vorgelegten Begründung gesagt, daß in der gegenwärtigen Zeit einer fortgesetzten außerordentlichen Umwandlung der Technik auf allen Gebieten des graphischen Gewerbes, ihrer stetig zunehmenden Vielseitigkeit, des Entstehens ganz neuer Betriebszweige und ihrer demzufolge immer bunter werdenden Mischung in den einzelnen Betrieben es nun gar keinen Sinn mehr hat, die einzelnen Betriebszweige des gesamten graphischen Gewerbes auf zwei getrennte Berufsgehilfenchaften aufzuteilen. In welchem Maße die der Deutschen Buchdrucker-Berufsgenossenschaft und die der Papierverarbeitungs-Berufsgenossenschaft zugehörigen, der Graphik dienenden Betriebe zusammengehörig sind, geht am besten daraus hervor, daß die von beiden Genossenschaften beschäftigten Aufsichtsbekanntem bei ihren Betriebsbesichtigungen dieselben verschiedenartigen Betriebszweige zu sehen und zu untersuchen bekommen, so daß der Aufsichtsbekanntem der einen Genossenschaft ebenso auch die Betriebe der anderen besichtigen könnte; dies aber unter Ersparzung von Reisekosten und Zeit. Ganz ebenso liegt es mit dem Heilverfahren, der Rentenversicherung, wie den ganzen übrigen Verwaltungstätigkeiten. Auch die für die Unfallverhütung so wertvolle Statistik leidet unter der Zwielfältigkeit an ihrer notwendigen Vollkommenheit. Nach reger Diskussion wurde einstimmig folgender Beschluß gefaßt: „Der Vorstand wird ermächtigt, eine Vereinigung der beiden Berufsgehilfenchaften für das graphische Gewerbe, der Papierverarbeitungs-Berufsgenossenschaft und der Deutschen Buchdrucker-Berufsgenossenschaft, herbeizuführen.“

Fünfter internationaler Gewerkschaftskongress. Vom 5. bis 11. Juli tritt der Internationale Gewerkschaftsbund in Stockholm der Hauptstadt Schwedens, zu seinem fünften internationalen Gewerkschaftskongress zusammen. Die dort schon ein Ereignis von internationaler Bedeutung, zu wird diese noch gehoben werden durch die weltwirtschaftlichen Probleme, die gegenwärtig den Gewerkschaften aller Länder gestellt sind, und mit denen sich der internationale Gewerkschaftskongress beschäftigen wird. Darauf deutet auch die Tagesordnung hin, die folgenden Inhalt hat: 1. Eröffnungsrede des Vorsitzenden und Begrüßungsansprachen. 2. Wahl der Mandatprüfungskommission und anderer Kommissionen. 3. Geschäftsbericht, Kostenbericht und Bericht der Revisoren. 4. Das Wirtschaftsprogramm des Internationalen Gewerkschaftsbundes. 5. Das sozialpolitische Programm des Internationalen Gewerkschaftsbundes. (Referent: Mertens, Vorsitzender der belgischen Gewerkschaftszentrale.) 6. Abrüstung und Friedenspakt. (Referent: Loubaux, Generalsekretär des französischen Gewerkschaftsbundes.) 7. Die Gewerkschaftsbewegung in den Ländern ohne Demokratie. (Referent: Hils, Vorsitzender des englischen Gewerkschaftsbundes.) 8. Erledigung der eingebrachten Anträge. 9. Wahlen. 10. Bestimmung des Ortes des nächsten Kongresses.

Zum Arbeitskonflikt in Nordwest. Was sich zur Zeit in der Schwermetallindustrie Nordwest abspielt, ist kein Ruhmesblatt für den Reichsarbeitsminister. Wenn man die von dort kommenden Meldungen über Arbeitseinstellungen und Preisabbauperimente Reue passieren läßt, dann drängt sich einem unwillkürlich der Eindruck auf, daß die Verbindlichkeitsklärung des Deynhauser Schiedsgerichts in der industriellen Nordwestseite einen regelrechten Kuddelmuddel hervorgerufen hat. Im dem Durchsicht der Grobmetallindustrie, namentlich die Arbeitseinstellung durch die Lohnkonflikte künstlich noch vermehrt wird. Ein wunderbares Ergebnis! Die Arbeiterschaft wehrt sich gegen den Lohnabbau. Einzelweilen haben rund 20 000 Metallarbeiter es abgelehnt, den von den Arbeitgebern diktierten durchschnittlichen Lohnabbau von 7½ Proz. hinzunehmen. Soll es in Nordwest im Verlauf der Konflikte nun etwa zu rüßigen Ausprägungen kommen? Oder müssen die Arbeiter tatsächlich zu getätigten Lohnläsen und unter Zwangsmaßnahmen weiterarbeiten? Die Unternehmerpresse gibt sich sehr zuversichtlich. Trotz der zur Schau getragenen Zuversichtlichkeit ist jedoch auch den Gewerkschaften nicht ganz wohl zumute. Daher das trampfaste Gerede ihrer Presse über „wirklichen Preisabbau“, der jetzt bei den Werkstoffvereinen einsetzen werde. Mit großem Lärm wird verkündet, die Leitung des Eisens- und Stahlwerkes Höls in Dortmund habe angeordnet, daß in den Werkstoffmanuskripten und ihren Filialen eine Preislenkung für Lebensmittel durchgeführt werde, die zwischen 2 und 12 Pf. pro Pfund Lebensmittel liege. Die Maßnahmen von Höls soll angeblich einem in einer gemeinsamen Beratung festgelegten einheitlichen Vorgehen sämtlicher rheinisch-westfälischer Industriezweige und einzelner industrieller Werke, soweit sie eigene Konsumvereine haben, entsprechen. Diese Preisabbau-Schwaben machen noch keinen Sommer. Mit trübender Stimmungsmache in der Preisfrage und brutaler Niederknüpfung der Lohnfrage löst man das Problem nicht, das bei der Entscheidung über den Deynhauser Schiedspruch zu lösen war. Ungekündet hat man jetzt auch in Unternehmerkreisen das Gefühl, daß in der Lohn- und Preisfrage der Karren im Augenblick geräulisch verfahren ist und die bisher gemachten bitteren Erfahrungen in neuen Verhandlungen nutzbar gemacht werden müßten. Man rechnet dort zweifellos damit, daß schon bei den infolge der Kündigungsabsichten auf Arbeitgeber- und Arbeitnehmerseite in der Schwermetallindustrie noch im Juli stattfindenden Vorseparungen eine Besserung der unergulichen Situation herbeigeführt wird. Zu wünschen wäre es.

Die Lohnsenkungsaktion erregt im Ausland Kopfschütteln. Ein Redakteur der „Industrie- und Handelszeitung“ hat, während der Schiedspruch von Deynhausen gefaßt wurde, eine Englandreise unternommen, worüber er in seiner Zeitung Nr. 145 berichtet: „Besonders bemerkenswert war jedoch die der Tendenz nach fast einmütig abweichende Aufnahme, die der Schiedspruch im Ausland gefunden hat. Ich selbst habe dies aus nächster Nähe feststellen können, da ich mich zur Zeit, als der Schiedspruch erging, auf einer Vortragsreise in London befand. In Gesprächen mit Persönlichkeiten aus allen Kreisen des englischen Wirtschaftslebens, der Unternehmer, der Gewerkschaften, der Bilanz- sowie mit Politikern, Wirtschaftsjournalisten usw., überall bezeugte man Kopfschütteln, ja teilweise Erbitterung darüber, daß man in Deutschland gerade im gegenwärtigen Augenblick, wo die Kaufkraft auf der ganzen Welt einen so niedrigen Stand erreicht hat, zu einer weiteren willkürlichen Herabsetzung der Kaufkraft schreite. Ich habe häufig die allergößte Mühe gehabt, meinen Diskussionspartnern drüben auszuwandern, daß dies selbstverständlich nicht die Absicht der deutschen Wirtschaftspolitik ist, aber auch bestimmt nicht die Folge der jetzt ergriffenen Maßnahmen sein könne. Man hat mich gar zu gern immer wieder auf das Beispiel der Vereinigten Staaten verwiesen, die mit ihrer Politik der hohen Löhne so große Erfolge erzielt haben — also die bekannte Kaufkrafttheorie, die sich auch in Deutschland großer Beliebtheit erfreut. Es hat also bei den Engländern berechtigtes Kopfschütteln erregt, daß man auf diese Art in Deutschland versucht, die Wirtschaft anzukurbeln. Wenn auch die englischen Unternehmer, wie die Vorgänge im englischen Bergbau gezeigt haben, um keinen Deut besser sind, so können sie es aber doch nicht begreifen, daß man sich ausgerechnet die Eisenindustrie zu einem derartigen Experiment ausgesucht hat. Der Redakteur berichtet dann weiter über seine Bemühungen, den Engländern die Notwendigkeit einer solchen Wirtschaftspolitik klarzumachen. Wir glauben, und das ist auch zwischen den Zeilen zu lesen, daß es ihm nicht gelungen ist. Unbegreiflich ist den Engländern der Widerspruch der gebundenen und freien Preise. Kartellpreise, die selbst in schwierigen Krisenzeiten auf ihrer alten Höhe beharren und weitgehend von den freien Preisen auseinanderklaffen, sind dort etwas Unbekanntes. Doch dies alles nur nebenbei. Wichtig ist für uns die Tatsache, daß nicht nur den Engländern, sondern dem gesamten Ausland die Lohnsenkungsaktion, ausgerechnet zu einer Zeit, wo die Stärkung der Kaufkraft eine dringende Notwendigkeit wäre, als trasser Unsinn vorkommt.“

Die Lebenshaltungskosten steigen — nennt man das Preislenkung? Das Wort Preislenkung ist zum Schlagwort geworden. Man hat gewaltige Maßnahmen angekündigt, um die Senkung der Preise überall durchzuführen. Mit den Rohstoffen sollte sie beginnen und in den Lebensmitteln und Verbrauchsgüterständen des letzten Verbrauchers ihren Ausklang finden. Was sehen wir statt dessen? Die amtliche Reichsindexziffer für die Lebenshaltungskosten beträgt im Juni 147,6 gegen 147 im Monat Mai. Es ist also eine Steigerung von 0,6 Proz. eingetreten. Wenn auch dies in erster Linie durch die Inflation der Mietenerhöhung, die am 1. Juni in Kraft trat, verurteilt wurde, so ist doch aber dadurch sehr eindringlich zur Tatsache geworden, daß die angekündigte Preislenkungsaktion bisher einen Erfolg nicht gehabt hat. Was nützt es uns, wenn das Eisen oder die Kohle um ganz geringe Prozentfälle im Preise herabgehen und die große Masse der Konsumenten nach wie vor die hohen Preise zu bezahlen gezwungen ist? Der Reichsarbeitsminister Stegerwald hat kürzlich im Reichstag erklärt, daß eine Senkung der Reallohnleistungen in Frage kommen könne, im Gegenteil müßte die Preislenkung in weit höherem Maße als die Lohnsenkung zur Auswirkung kommen und vorher erfolgt

sein. So erklärte der Reichsarbeitsminister im Reichstag. Wie es aber in der Praxis aussieht, lehrt die amtliche Indexziffer für die Lebenshaltungskosten. Offenbar wird es jetzt still um die Senkung der Preise, denn wenn man diese senken will, dann muß mindestens der Beweis erbracht sein, daß vorher eine Preislenkung erfolgt ist.

Uffindende Umsätze der Konsumvereine. Die Wirtschaftskrise wickelt sich mit ihrem starken Druck auf die Kaufkraft der Massen jetzt auch bei den Konsumvereinen in einer sehr deutlichen Umkehrung aus. Im Monat Mai ist im Vergleich zum April der durchschnittliche Pro-Kopf-Umsatz im Zentralverband der Konsumvereine von 8,78 M. auf 8,44 M. gesunken. Gegenüber dem gleichen Monat des Vorjahres liegt ein Rückgang um 48 Pf. vor. In sämtlichen Monaten des Jahres 1930 haben die durchschnittlichen wöchentlichen Pro-Kopf-Umsätze die Umsätze der Vergleichsmonate des Vorjahres noch nicht erreicht.

Endlich Reform des Lebenshaltungsindezes? Im Reichsstatistischen Amt hat man die Vorarbeiten für eine Reform des Lebenshaltungsindezes aufgenommen. Der alte Teuerungsindex, der kurz nach der Stabilisierung der Mark geschaffen wurde, hat sich vielfach als primitiv und unvollkommen erwiesen. In weiten Fachkreisen ist man zu der Ansicht gekommen, daß er unhaltbar ist. Die Reformarbeiten stützen sich auf die in den letzten Monaten durchgeführten Haushaltsrechnungen.

Invalidenunterstützung im Textilarbeiterverband. Der Deutsche Textilarbeiterverband hat auf seinem Verbandstag in Stuttgart gegen zwei Stimmen die Einführung der Invalidenunterstützung beschlossen. Damit vervollständigt der Verband seine Unterstützungsgelddungen, deren Leistungen im vergangenen Jahre, wie aus dem Geschäftsbericht hervorging, eine Art Sozialreform darstellten. Die Einführung der Invalidenunterstützung wurde vom Hauptsekretär des Verbandes, Schoeller, in überzeugender Weise begründet. Der Verband, so führte Schoeller aus, lehne sich an die Erfahrungen anderer Verbände an und richte sich weitgehend nach dem Vorschlag der Reformkommission des IDGB. Nach den Berechnungen des Hauptvorstandes seien bei Eintritt der Unterstützungspflicht zu Beginn des Jahres 1930 120 000 Mitglieder zu unterstützen. Die Ziffer werde bis 1940 auf 10 000 anwachsen. Man rechne hinsichtlich des Eintritts der Invaliden unter einem Durchschnittsalter von 56 Jahren bei den Textilarbeitern und von 50 Jahren bei den Textilarbeiterinnen. Die Versicherung solle sich selbst tragen; deshalb werde vom 1. Oktober 1930 an ein Extrabeitrag von 10 Pf. erhoben. Der Verband rechne mit einer Ausgabendeckung von 608 000 M. im ersten Jahre, die bis 1940 auf 1 200 000 M. ansteige. Die weiblichen Mitglieder, die vorübergehend infolge Mutterschaft oder häuslicher Verpflichtungen aus der Berufstätigkeit ausgeschieden, würden bei Wiedereintritt in den Verband die früher geleisteten Beiträge für die Invalidenunterstützung voll angerechnet erhalten; wer aus den gleichen Gründen dauernd aus der Erwerbsarbeit ausscheide, erhalte die geleisteten Beiträge zurück. Der monatliche Unterstützungssatz betrage 6 bis 37 M. Die Einführung der Invalidenunterstützung gebe sicherlich der Mitgliedschaft eine noch größere Stabilität.

In 18 Monaten 31 Proz. Kostenlenkung! In der Generalversammlung der Akt. der holländischen Daghgeleesticht für die Kunstseidenfabrik der Vereinigten Glanzstofffabriken und der holländischen Genta gab der Aufsichtsratsvorsitzende endlich Zahlen über die Rationalisierungserfolge bekannt. Im Jahre 1929 wurden die Herstellungskosten in den deutschen Werken um 20 Proz. gesenkt, und seit dem 1. Januar (also in fünf Monaten!) sind sie um weitere 11 Proz. gefallen. Kostenlenkung um 31 Proz. in noch nicht anderthalb Jahren — das ist selbst in unsem Zeitalter phantastisch. Dabei sind nach Angaben des Vorstandes der Glanzstofffabriken weitere Erfolge zu erwarten. Der bejammerte Preisrückgang für Kunstseidenprodukte ist also in der Hauptsache Spiegelreflexe, wenn wegen der Preislenkung etwa höhere Zölle oder gar Lohnsenkungen verlangt werden. Zur Ausweitung des Verbrauchs, d. h. zur vollen Ausnutzung der Anlagen und zur Senkung der Kosten könnte und sollte die große Kunstseidenindustrie noch von sich aus die Preise weiter senken.

Literarisches

„Welmar — und was dann?“ (Einführung und Gegenwart der Welmar-Vereinigung). Von Dr. Otto W. R. S. v. m. r. Angehörig der Schriftsetzer, Umfang 48 Seiten, Wrothof, Berlin W 30, Alt-Mohren-Steinweg 10. Der Welmar-Vereinigung hat sich zwei Aufgaben gestellt: einmal, zu unterstützen, wie weit sich ihre demokratische Verfassung in der Welt durchsetzen möge; und zum anderen, sie als sozialökonomischen Bedingtheiten der Welmar-Vereinigung zu geben, welche die Interessen der Arbeiter zu machen. Inzwischen hat der Welmar-Vereinigung die Klassenbewegung an die der Vermittlung des Welmar-Vereins anzuwenden. Einleuchtend für die Anwendung der geschriebenen Kritik wird nicht Welt und Arbeit ihren Verfall, sondern das Machtverhältnis zwischen den Klassen, das sich immer wieder umschaltet und verfallenen Bestimmung der Klassen entsprechend vollziehen Ausdruck fähig. Ganz besonders drücklich lehrt das vor allem die Einführung unter Seiner Regierung, die sich immer mehr von den öffentlichen Verhältnissen entfernte, nach der jeder mann an den öffentlichen Verhältnissen teilzunehmen hat. Auch die Geschichte der Anwendung des Artikels 48, die Arbeiter heranzieht, vor allem in dem Bereich der verfallenen Behandlung der bauerischen und schließlichen Differenz zur Arbeitspolitik 1923 wie der Freiheit bis zu ihrer heutigen Lage und auch mit der marxistischen Erkenntnis, daß der Klassenkampf ihren Inhalt allein von der Zukunft des Klassenkampfes erhalten, nicht aber von der Arbeit ihrer Schöpfer.

„40 Jahre Kampf des Verbandes der Fabrikarbeiter Deutschlands.“ (Festschrift zur Erinnerung an die Gründung und den 40-jährigen Kampf des Verbandes der Fabrikarbeiter Deutschlands). Verlag: Vorstand des Verbandes der Fabrikarbeiter Deutschlands. Das über 200 Seiten starke Buch ist mit feinsten schmalen roten Leinwand und feiner Goldbesserung versehen. Es enthält eine willkommene Jubiläumsgabe. Es soll der Erinnerung an den Kampf und die Fortentwicklung der Arbeiterbewegung dienen. Die Festschrift enthält auch die Namen der Männer, die im wesentlichen dazu beigetragen haben, ein reichhaltiges Jubiläumswort zu einem bedeutenden, aber nicht ermüdeten einseitigen Orientierung über alle organisatorischen Fragen.

